

LICHTBLICK

MITTEILUNGSBLATT DER DKP LEIPZIG / Ausgabe Frühjahr 2009

Nur 10 Cent



Warum ausgerechnet den Kommunisten glauben? Warum ausgerechnet die DKP wählen? Deren Sprüche klingen zwar radikaler, auch populär, treffen den Nerv der irdischen Probleme hier und heute. Kein Wunder, ist doch Marx, das politökonomisch haarscharf analysierende und schlussfolgernde Genie einer der Ihren. Aber was können die schon wirklich, außer Ideen entwickeln und Vorschläge unterbreiten, die eh nicht zum Tragen kommen, bei dem bisschen Einfluss der Kommunisten heutzutage?

Das muss ja nicht so bleiben. Und es war ja auch schon ganz anders mit dem Einfluss, damals mit Karl und Rosa und später zu Thälmanns Zeiten. Dass es diese millionenfache Kampfansage an das Ausbeutertum und damit das millionenfache Wählerpotential der KPD nicht mehr gibt, dafür hat die vom Großkapital an die Macht lancierte Hitler-Clique gründliche Ausrottung geleistet. Ausgerechnet diese Partei, die die größten Blutopfer im Widerstandskampf gegen die Faschisten brachte, ließ der Demokrat Adenauer wieder verbieten. Was für eine Schande für Deutschland. Was für eine Verpflichtung aber auch für die aus Protest gegen das KPD-Verbot vor 40 Jahren gegründete DKP, mahnend wie gedenkend und zugleich ihren Zielen gemäß fordernd dafür zu sorgen, dass dieses ehrenvolle Kapitel der Arbeiterbewegung nicht ausgelöscht wird.

Gewiss, die DKP wird den Kapitalismus

Meinen, Glauben, Wissen

Für den Philosophen Immanuel Kant gab es drei Arten des Fürwahrhaltens: Meinen, Glauben, Wissen.

Das Meinen nannte er ein problematisches, das Glauben ein behauptendes und das Wissen ein unwiderlegliches, keinen Widerspruch duldendes Urteilen. Diesen wesentlichen Unterschieden zwischen Meinen, Glauben und Wissen, dem sich Kant sehr ausführlich und sehr kompliziert widmete, setzte der Kabaratist Dieter Nuhr in seinem Programm „Fresse halten“ schon vor zehn Jahren eine sehr bissige Deutung entgegen:

„Das ist so schrecklich, dass heute jeder Idiot zu allem eine Meinung hat. Ich glaube, das ist damals mit der Demokratie falsch verstanden worden: Man darf in der Demokratie eine Meinung haben, man muss

Wahljahr 2009 – und Kommunisten vertrauen?

Demokratie ist zu schade für inhaltloses Wahl-Ritual

nicht aus den Angeln heben können. Wo wäre denn auch eine Alternative in Sicht? Die aktuelle Krise hat ja nicht nur die Wirtschaft in Trudeln gebracht. Auch die Parteien mitsamt der Linkspartei sind ziemlich sprach- und ratlos. Nun spielen alle so hilflos wie erschrocken Arzt am Krankenbett des Kapitalismus. Während die CDU fast gewillt ist, über ihren Schatten zu springen und sich des Grundgesetzes erinnert, das durchaus Verstaatlichungen vorsieht (Seite 2), hat auch die Linkspartei kein Konzept, die Chance, die ihr die gegenwärtige Krise bietet, zu nutzen. Zwar werden dank der Linkspartei wieder Alternativen zur neoliberalen Politik öffentlich sichtbar gemacht, aber Regierungsbeteiligungen und damit verbundene Teilhabe an Privatisierungen und Sozialabbau haben ihr ein Glaubwürdigkeitsproblem beschert. Ein Beleg mehr, dass sie in ihrer vorrangig parlamentarischen Orientierung links neben sich eine marxistische, wissenschaftlich analysierende und agierende Partei spüren muss, die vor allem

auf die Kraft der außerparlamentarischen Opposition setzt und die dank ihrer Erfahrungen und ihres gelebten Klassenstandpunkts unentbehrlich ist.

Nichts ist ewig, auch der Kapitalismus nicht. Dennoch *meinen* Sie – bei allem Respekt vor dem Heldenmut der Opfer des Faschismus – was diese Kommunisten heute propagieren, sei überholt? Sie *glauben*, revolutionär zu sein, das bedeute Barrikaden zu bauen, mit der Kalaschnikow herumzubalieren, den Frieden zu gefährden? Man liest schließlich ständig, wie gefährlich der Kommunismus ist. So will es der Mainstream, in diese Richtung hat der Hase zu laufen.

Wissen dagegen wäre Macht. Wissen Sie beispielsweise wie die DKP wirklich zum Revolutionären steht? Parteiprogramme finden Sie langweilig? Zu lang sowieso. Da ist ja was dran. Dennoch, mit diesen wenigen *Lichtblick*-Seiten wollen wir helfen, Ihnen wichtige Gedanken und Forderungen aus dem DKP-Programm näher zu bringen. Und vielleicht helfen wir Ihnen damit, bei den diesjährigen Wahlentscheidungen. • **MX**

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

Die Linkspartei wählen. DKP

nicht. Es wäre ganz wichtig, dass sich das mal rumspricht: Wenn man keine Ahnung hat, einfach mal Fresse halten."

Viel besser: sich Wissen aneignen. Brecht hatte eine Anregung dafür

Lob des Kommunismus

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.

Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.

Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm. Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.

Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.

Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.

Aber wir wissen:

Er ist das Ende der Verbrechen.

Er ist keine Tollheit.

Er ist nicht das Chaos

Sondern die Ordnung.

Er ist das Einfache

Das schwer zu machen ist.

Siehe auch Interview Seite 5

Kennen Sie Fakten ...

... betreffs des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland?

Zur Ablehnung des Grundgesetzes – weil er darin unter anderem ein Besatzungsstatut sah – prophezeite der Vorsitzende der KPD Max Reimann im Deutschen Bundestag vor nunmehr fast 60 Jahren: „*Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!*“ In diesem inzwischen bis zur Unkenntlichkeit umgeschriebenen und umgedeuteten Grundgesetz steht trotz alledem immer noch – weil ihn wohl kein Politiker in der BRD bisher im entferntesten ernst genommen hat – der Artikel 15. Sein Thema: Verstaatlichung. Nicht weniger wichtig der vorhergehende Artikel 14 über die Verantwortung von Eigentümern für die Gesellschaft:

GG Artikel 14

(1) *Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.*

(2) *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*

(3) *Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfall der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.*

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Absatz 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Was den schönen und gutgemeinten Artikel 14 betrifft, da wissen wir spätestens seit Marx, dass das Kapital nur betriebswirtschaftlich aber nicht volkswirtschaftlich denken kann. Anders gesagt, es geht ihm um privaten Profit und nicht um Sozialpolitik fürs Volk. Was

den wahrlich links liegengelassenen Artikel 15 GG betrifft, so steht beispielsweise in den Verfassungen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, dass Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung Bedeutung haben, in Gemeineigentum überführt werden können. Bremens Verfassung lässt ebenfalls Verstaatlichung zu, wenn der Unternehmenszweck besser in gemeinwirtschaftlicher Form erreicht werden kann. Noch konsequenter ist im Saarland formuliert. Da steht in der Landesverfassung, dass Schlüsselindustrien wegen ihrer überragenden Bedeutung für die Wirtschaft des Landes nicht in Privateigentum stehen dürfen. Bayern räumt Verstaatlichungen ein, „wenn die Rücksicht auf die Gesamtheit es erfordert“.

Es ginge also und war von den Vätern des Grundgesetzes sehr wohl gewollt, egal wie man heute in CSU- und CDU-Kreisen und bei der FDP geifert.

Immerhin, von der Wucht der gegenwärtigen Krise überrollt, vergesellschafteten, also verstaatlichten die USA, Großbritannien und Island jüngst allerhand wichtige Banken. Die Frage ist nur, wie lange das so bleibt. Denn auch dies ist eine Marx'sche Erkenntnis: Verluste werden sozialisiert, Gewinne privatisiert. Insofern ist abzuwarten, wie schnell nach den Sanierungen mit Steuergeldern die Privatisierer wieder Morgenluft wittern.

Was, um wieder nach Deutschland zurückzukehren, nicht zuletzt auch die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften aufwirft, beispielsweise ihre Haltung zu Generalstreiks. Denn die BRD steht ziemlich allein da unter den Industriestaaten mit seiner strikten gesetzlichen Trennung von politischen und ökonomischen Kämpfen – und hat im DGB damit einen braven Verbündeten. Denn der meidet

das Wort Generalstreik in seinen Verlautbarungen wie der Teufel das Weihwasser. Ja, man kann sagen, dass sie weit davon entfernt sind, Klassenpolitik im Interesse ihrer Mitglieder zu betreiben.

Eine andere Frage ist ohnehin, wie weit Verstaatlichungen sozialpolitische Auswirkungen für die Masse des Volkes haben sollen und können in einer Republik, deren Demokratie das Mäntelchen für die Herrschaft weniger Zehntausender ist. Kommunisten fordern deshalb nicht nur schlechthin Verstaatlichung: „*Der wesentliche Schritt muss die Überführung der Banken und Versicherungskonzerne sowie der produktions- und marktbeherrschenden Konzerne in anderen strategischen Wirtschaftsbereichen in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum sein.*“

• M. W.

Das provisorische Grundgesetz der BRD hat, bis zur Unkenntlichkeit geliftet, überlebt. Es sollte nach dem Willen seiner Väter seine Gültigkeit an dem Tage verlieren, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Hingeschieden schon im April 1990

ist dagegen noch im Entwurfsstadium am Runden Tisch eine neue Verfassung für die DDR. Auch die Hoffnung, dass weite Passagen dieser demokratischen in eine neue gesamtdeutsche Verfassung eingehen, wurde gemeuchelt.

Das Wahlvolk im Allgemeinen ist sehr genügsam geworden. Meist genügen ihm schon Parolen wie *Yes, wie can!* Applaus dafür ist PR-mäßig programmiert. Trotzdem gut, dass die Amerikaner nach Bush wenigstens diesen Strohhalm ergriffen – obwohl auch er sehr biegsam ist ... Gibt es irgendeinen nachvollziehbaren Grund, Wahlen inzwischen auch hier bei uns zu einem oberflächlichen Medienzirkus, zu einer Geldverbrennungsmaschinerie verwahrlosen zu lassen? Warum macht man sein Kreuz oft nur, um es hinterher geduldig zu tragen? Weil man eh nichts daran ändern kann und längst

Ach! Es war nicht meine Wahl!

lässt schon Friedrich von Schiller seine Jungfrau von Orleans bekennen

weiß, dass Wahlen, würden sie tatsächlich etwas ändern, längst verboten wären? Dennoch, gibt es nicht Wählbareres als das, was sich im staatsnahen Fernsehen besser in Szene setzt? Warum verlassen sich so viele Wähler auf alle möglichen mündlichen Versprechen, statt sich Wahlprogramme auch einmal komplett durchzulesen und kritisch zu bedenken? Muss man seine Stimme wirklich abgeben, also weggeben?

Dabei haben sich so viele kluge Leute der Weltgeschichte mit dem Wahltheater auseinandergesetzt und Warnschilder aller Art aufgestellt, die des Merkens wert sind. Seit Platon wissen wir: *Gerechtigkeit wird nur dort herrschen, wo sich die vom Unrecht nicht Betroffenen genau so entrüsten wie die Beleidigten.*

Fortsetzung Seite 3

Wissen Sie, was drin steht?

Aus dem Programm der Deutschen Kommunistischen Partei

Selbstredend streben Kommunisten revolutionäre Veränderungen des kapitalistischen Systems an. Doch sie denken dabei so wenig an Waffengewalt wie die Demonstranten des Herbstes 89, die dennoch eine Konterrevolution herbeimarschierten – eine Restauration der kapitalistischen Eigentums- und Sozialverhältnisse. Warum also nicht wieder umgekehrt? Die Geschichte kennt genug jähe Wendungen.

Im DKP-Programm heißt es u. a. :

„Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitigt letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt. Die Durchsetzung der elementaren Menschenrechte für alle Bewohner dieser Erde ist nur in einer Gesellschaft zu verwirklichen, die auf dem Gemeineigentum an Produktionsmitteln beruht und in der Demokratie mit der politischen Macht des arbeitenden Volkes verwirklicht wird. Diese Gesellschaft ist der Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation. ...“

Wenn die DKP von Sozialismus spricht, dann meint sie das garantierte Recht auf Arbeit, dauerhafte soziale Sicherheit und tatsächliche Gleichberechtigung und Befreiung der Frau. Der Sozialismus gewährleistet die Chancengleichheit in der Bildung und den Zugang zur humanistischen Kultur für alle. Er fördert Bildung und Weiterbildung, Literatur, Theater, bildende Kunst und Musik, Sport und andere kreative Tätigkeiten und schafft damit Voraussetzungen für den allseitig gebildeten, politisch mündigen, sich frei entfaltenden Menschen und für ein selbstbestimmtes und selbstgestaltetes Leben in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, in sozialer Sicherheit und Wohlstand für alle Menschen. Sozialismus bedeutet eine neue und zugleich höhere Stufe der Demokratie.

Wie die DKP den Weg zum Sozialismus skizziert:

„Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden. ...Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern sich jedoch nicht im Selbstlauf, sondern über Klassenaussetzungen. Durch die Stärkung der Organisation und Kampffähigkeit der Gewerkschaften, durch betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen, durch die Aktivitäten demokratischer und sozialer Bewegungen muss Gegenmacht aufgebaut werden. ...“

Der erste Schritt – eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt:

„Heute geht es zunächst um die Verteidigung der im Grundgesetz ver-

ankerten Grundrechte, um die Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften gegen die neoliberale Kahlschlagpolitik von Kabinett und Kapital, um die Wiederherstellung und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen gegen ihre Bedrohung durch das ungezügelte Profitstreben, um die Verteidigung des Friedens gegen die Kriegspolitik des US-Imperialismus und gegen die Großmachtspolitik des deutschen und EU-Imperialismus.

Unter den gegebenen Bedingungen werden Abwehrkämpfe im Zentrum einer ganzen Kampfetappe stehen. Schon in diesen Auseinandersetzungen wird es nur dann wirkliche Erfolge geben, wenn ein qualitativ neues Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Erwerbslosen, der Rentner, aller von der Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften Betroffenen, wenn ein neuer Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen erreicht werden kann. ...

Die DKP geht davon aus, dass die Spielräume für soziale und demokratische Reformen infolge der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und der Macht der Transnationalen Konzerne, der enormen Staatsverschuldung und des Wegfalls des politischen Reformdrucks mit dem Ende des realen Sozialismus in Europa heute außerordentlich eng geworden sind. Das bedeutet nicht, dass die Kommunisten den Kampf um Reformen aufgeben. Reformpolitik kann der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, vor allem des Transnationalen Kapitals, nicht ausweichen, sondern muss auf sie orientieren. Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltungen heran.

Ohne real erscheinende Alternativen wird kein gesellschaftlich wirksamer Widerstand entstehen und ohne Widerstand bleiben alle progressiven Reformvorstellungen reine Illusion. Deshalb muss mit den Ansätzen von Widerstand die Perspektive von Veränderungen und Reformen verknüpft werden: Reformen, die sich

- auf Friedenssicherung, Abrüstung, internationale Kooperation und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung,
- gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, gegen die Militarisierung der Gesellschaft, gegen rassistische und faschistische Ideologien, Organisationen und Parteien,
- auf die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, der Eindämmung prekärer Beschäftigung und gesellschaftlicher Ausgrenzung, auf die Sicherung und den Ausbau der solidarischen sozialen Sicherungssysteme, auf die Bekämpfung der individuellen und gesellschaftlichen Armut sowie die Wiederherstellung und den Schutz der Umwelt ausrichten. ...“

Fortsetzung von Seite 2

Nicht nur zeitlich weit davon entfernt feixte sich der alte Bismarck eins: *Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.* Hollywood-Regisseur Orson Wells mahnte vergeblich: *Beliebtheit sollte kein Maßstab für die Wahl von Politikern sein. Wenn es auf die Popularität ankäme, säßen Donald Duck und die Muppets längst im Senat.*

Auch George Bernard Shaw, der Dichter und Satiriker wollte nicht nur satirisch verstanden wissen: *Demokratie ist die Wahl durch die beschränkte Mehrheit anstelle der*

Ernennung durch die bestechliche Minderheit. Sein Kollege Mark Twain ergänzte: *Es ist schon ein großer Trost bei Wahlen, dass von mehreren Kandidaten immer nur einer gewählt werden kann.*

Alberto Moravia, italienischer Schriftsteller grübelte: *Merkwürdigerweise fühlt sich der Wähler nicht verantwortlich für das Versagen der Regierung, die er gewählt hat.*

Und, um ins Inland zurückzukehren, sogar der Chefredakteur und Fernsehregisseur des Bayerischen Rundfunks, Robert Lembke, urteilte kühl über Wahlen lediglich als *Veranstaltung zur Überprüfung der demoskopischen Vorhersagen.* SPD-Politiker Sigmar

Gabriel höhnte schon vor Jahren (in der Rheinischen Post): *Die Wahrheit vor der Wahl – das das hätten Sie wohl gerne gehabt.* Besser hätte es Franz-Josef Strauß auch nicht sagen können. Von ihm stammt dies Erhellende: *Die Demokratisierung der Gesellschaft ist der Beginn der Anarchie, das Ende der wahren Demokratie. Wenn die Demokratisierung weit genug fortgeschritten ist, dann endet sie im kommunistischen Zwangsstaat.*

Danke! Denn es bestätigt: **Die Würde des Menschen besteht in der Wahl** – Max Frisch, Schweizer Schriftsteller.

Europas Zukunft: Wettbewerb oder Solidarität und Kooperation

Die Arbeiter und Angestellten haben mit ihrer Arbeit und ihrer Kreativität die Europäische Union zur reichsten Region der Welt gemacht. In Europa könnte für Alle das Grundrecht auf existenzsichernde, menschenwürdige Arbeit verwirklicht und die Arbeitszeit so reduziert werden, dass Raum für eine sinnvolle Freizeitgestaltung, für Familie, Bildung und Kultur, für Kreativität geschaffen wird. Soziale Sicherheit und ein würdiges Leben für alle Menschen wäre möglich. Zugleich könnte Europa dazu beitragen, dass der Hunger auf der Welt bekämpft wird und dass die Erde für künftige Generationen als lebensfähiges Ökosystem erhalten wird. Europa könnte zu einer Welt des Friedens und der Gerechtigkeit beitragen.

Die Realität ist anders

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit haben sich in den zurückliegenden Jahren rapide verschlechtert: längere Arbeitszeiten, ungenügende Löhne, steigendes Renteneintrittsalter, Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, wachsende Armut und Ungleichheit, soziale Unsicherheit, prekäre Beschäftigung durch befristete Arbeitsverhältnisse, Mini-Jobs und Leiharbeit bestimmen das Leben. Das Leben der Menschen in ganz Europa wird von Ungewissheit, Angst, psychischem Druck, Entsolidarisierung und Gewalt gegen die Schwächeren beherrscht. Auf der anderen Seite erreichen die Profiteure astronomische Höhen. Die Reichen werden immer reicher.

Anstatt dass Europa zur Lösung der globalen Probleme - wie Hunger, Kriege oder drohende Klimakatastrophe - beiträgt, verschärft die Europäische Union durch ihre Handels-, Energie- und Militärpolitik weltweit die Probleme. Die Europäische Union knebelt die Entwicklungsländer mit ungerechten Handelsverträgen und plündert Afrika aus.

Die Europäische Union, das ist Politik aus den Konzernen, für die Konzerne, durch die Konzern

Ohne die Unterstützung aus Europa wären die aktuellen und zukünftigen Kriege der USA im Mittleren Osten und Afrika nicht führbar. Ramstein ist der größte US-Luftwaffenstützpunkt außerhalb der USA; in Heidelberg und Stuttgart sitzen Nato und US-Army-Hauptquartier; auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr trainieren die „Stryker-Brigaden“ für

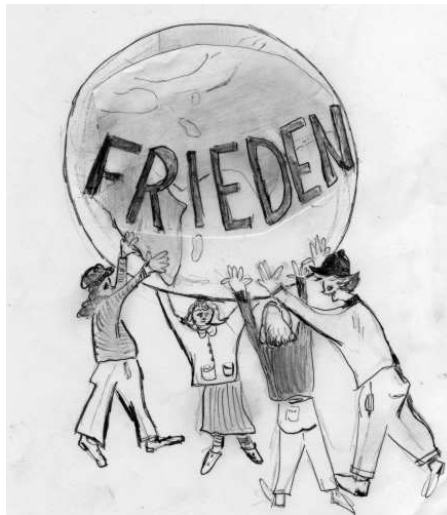
den Häuserkampf in Bagdad; die Luftwaffenbasis Spangdahlem ist ebenso wie das italienische Vicenza eine der Basen für die Kriege im Irak und in Afghanistan. Mit Krieg soll der weltweite Zugriff der Multis aus den kapitalistischen Metropolen auf Öl und Gas gesichert werden. Deshalb kämpfen deutsche Truppen neben der US-Armee und Militär aus anderen EU-Ländern in Afghanistan. Dadurch wird Afghanistan immer tiefer ins Elend und die ganze Welt immer weiter in die Spirale von

Länder, in denen die Regierungen der Bevölkerung das Recht auf eine Volksabstimmung verwehren, den „EU-Reformvertrag“ zurückgewiesen.

In diesen Kämpfen wird ein anderes Europa sichtbar – ein soziales, demokratisches und friedliches Europa, dessen Wirtschaft den Menschen dient und das sich auf der Basis von Demokratie und Solidarität entwickelt.

Ein anderes Europa ist möglich!

**DKP: JA zu einem solidarischen, friedlichen Europa!
NEIN zu einem Europa der Banken und Konzerne!**



Krieg und Terror gezogen.

Europa, das ist aber nicht nur das Europa der Banken und Konzerne

In den zurückliegenden Jahren haben sich viele Menschen in vielen Ländern Europas gegen die neoliberale Politik zur Wehr gesetzt. Sie kämpften um ihre Arbeitsplätze und gegen Standortverlagerungen, gegen die Erhöhung des Rentenalters und den Abbau der sozialen Sicherung. Sie protestierten gegen Prekarisierung und wachsende Armut. Sie wehrten sich gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und gegen die Macht der Energiekonzerne. Sie setzten sich für den Schutz der Umwelt und für das Recht auf gesunde Ernährung ein.

In Volksabstimmungen haben die Bevölkerungen Frankreichs und der Niederlande den Verfassungsentwurf für die Europäische Union zurückgewiesen. Die Bevölkerung Irlands hat stellvertretend für alle anderen

Eine fortschrittliche Alternative zur heutigen Europäischen Union kann unserer Meinung nach nicht in einer Rückkehr zur nationalstaatlichen Abschottung und zum Gegeneinander der kapitalistischen und imperialistischen Nationalstaaten der Vergangenheit liegen.

Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen. Der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion macht jedoch die Erwartung illusorisch, diese Europäische Union könne ohne einen grundlegenden Umbruch in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und solidarischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden. Nur ein Europa, das gegen den Neoliberalismus und für den Frieden in der Welt arbeitet, würde das internationale Kräfteverhältnis entscheidend verändern. Dazu muss die Macht der Transnationalen Konzerne gebrochen und müssen die Kämpfe auf nationaler und europäischer Ebene miteinander verbunden werden.

Ein sozialistisches Europa ist nötig

Eine wirkliche Einigung Europas, die den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung dient und den Lehren der europäischen Geschichte, den Idealen der europäischen Arbeiterbewegung und dem Humanismus der

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

europäischen Aufklärung entspricht, erfordert den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen. Deshalb ist ein neuer Anlauf zum Sozialismus, bei dem die Lehren aus der Niederlage des Sozialismus in Europa beachtet werden, eine zwingende Notwendigkeit, wenn die Menschheit dem Zyklus zerstörerischer imperialistischer Kriege und kapitalistischer Verelendung und Umweltzerstörung entkommen will.

Doch der Weg zu einer solidarischen Gesellschaft, dem Sozialismus, ist weit. Er kann angesichts der Realitäten nur dadurch geöffnet werden, dass alle, die ein anderes, friedliches, soziales und demokratisches Europa wollen, an der Stärkung des Widerstands gegen die derzeitige unsoziale und imperialistische EU-Politik mitwirken und zur Sammlung von Gegenkräften beitragen.

Ein Europa, wie es den Interessen und Wünschen der Völker entspricht, wird nicht allein und nicht in erster Linie durch den Stimmzettel, schon gar nicht durch die Stimmabgabe bei der jetzt anstehenden EU-Wahl zu erreichen sein. Es kann nur im Rahmen eines langfristig angelegten politischen Kampfes zustande kommen, durch das Stärkerwerden großer außerparlamentarischer Bewegungen, durch das Anwachsen von Volksbewegungen, die zu veränderten politischen Kräfteverhältnissen in Europa führen.

Deshalb stehen für uns auch im Wahlkampf zum Europäischen Parlament außerparlamentarische Aktionen im Vordergrund.

Eine Frage an Bernd Neudeck, Vorsitzender der DKP-Gruppe Leipzig:

Ich würde ja die DKP wählen, aber wird sie denn auf den Wahllisten stehen?

B. Neudeck: Vorweg: In Sachsen haben wir in diesem Jahr viermal zu wählen. Am 7. Juni sind Europa- und Kommunalwahlen, am 30. August sind Landtagswahlen und am 27. September ist die Bundestagswahl. Soeben erfuhr ich vom Bundesvorstand unserer Partei, dass die geforderten 6000 – von den Gemeinden bestätigten – Unterstützerunterschriften, damit die DKP zur Europawahl kandidieren kann, weit überboten wurden. Das heißt, wir treten mit 31 eigenen Kandidaten an.

Für die Landtags- und Bundestagswahlen stellen wir keine Kandidaten auf. Außer in Berlin, die dortige mitunter unsoziale Politik linker Senatsvertreter tragen wir grundsätzlich nicht mit.

Was die sächsische Linke betrifft, so gibt es einen, wenn auch mitunter nur kleinen gemeinsamen Nenner in aktuellen Fragen – er reicht von der Forderung nach Ab-

Zugleich rufen wir aber dazu auf, die Möglichkeit zu nutzen, bei den EU-Wahlen 2009 auch mit dem Stimmzettel ein Zeichen zu setzen – ein Zeichen für das Stärkerwerden der Widerstandskräfte, für die Stärkung einer entschlossenen Opposition gegen die derzeitige EU-Konstruktion, für die Forderung nach einem anderen, friedlichen und demokratischen Europa.

Einige Forderungen der DKP zur Wahl des Europaparlaments:

- Kein Ausbau der EU zur Militärmacht, einschließlich des Rückzugs aller Soldaten aus EU-Staaten aus dem Einsatz in Ländern außerhalb der EU. Bundeswehr raus aus Afghanistan, dem Nahen Osten und Afrika! Auflösung der NATO.

- Stopp des Sozialabbaus und der Massenarbeitslosigkeit – das bedeutet radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich in allen EU-Staaten als Hauptweg zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Einführung der 35-Stunden-Woche per EU-Gesetz. Verkürzung statt Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Rente ab 60 bzw. 55 Jahren. ... Aufhebung aller EU-Direktiven, die die Mitgliedsstaaten zur Einschränkung der Sozialausgaben, zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, zur Privatisierung öffentlicher Dienste und der sozialen Sicherungssysteme im Bereich der Gesundheits- und Alterssicherung zwingen bzw. aufordern.

- Demokratie erneuern, mehr koordiniertes Handeln gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ...

schaffung von Hartz IV bis zu der nach Auflösung der NATO. Solche partielle Übereinstimmung gibt es auch mit der Bundespartei. Mit den Leipziger Linken hat die DKP in der Tagespolitik seit jeher eine große Nähe. Es ist ja nur zu deutlich, dass die sich zuspitzenden Widersprüche des Kapitalismus bis in die Kommunen wirken. Unverhohlen wird versucht, auf ihre Ressourcen zuzugreifen und ihre Gestaltungsfähigkeit einzuschränken. Beispiele: Geplante Privatisierungen von kommunalen Betrieben und dramatisch abnehmende Mitbestimmung bei kommunalpolitischen Entscheidungen. Trotz dieser Übereinstimmungen weitet sich die Kluft zwischen der DKP und der Linkspartei, die zunehmend weniger marxistische Positionen vertritt und „Vergangenheitsbewältigung“ betreibt, die der bürgerlichen Geschichtsklitterung zuarbeitet. Eine Wahlempfehlung kann ich deshalb nicht geben.

ZITIERT

5. Tagung des Parteivorstands der DKP, Essen, 28. Februar/1. März 2009 **Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP:**

Obwohl mehr als 80 Prozent der Menschen unseres Landes gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan sind, werden weitere Kampfeinheiten und 4 500 Soldaten dorthin entsandt. Offensichtlich wird in ganz anderem Ausmaß als bisher mit Toten gerechnet. Es wird in Kauf genommen, dass mehr Zinksärge als bisher zurückkehren. Kriegsminister Jung ließ schon einmal ein Denkmal für gefallene Soldaten konzipieren. ... Zur Begründung dieses völkerrechtswidrigen Krieges werden über die Medien erneut maßlos demagogische Behauptungen gestreut. Es wird beteuert, es gehe in Afghanistan um die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, der Demokratie, der Menschenrechte und des Humanismus.

Verschwiegen wird, dass die Rüstungsindustrie jetzt erneut Aufträge in großem Umfang erhält, dass die Profite noch stärker wachsen werden. Verschwiegen wird, dass Krieg und Besatzung weder dem afghanischen Volk noch irgendeiner anderen Bevölkerung reale Fortschritte gebracht haben. Verschwiegen wird, dass im Rahmen dieser Kriegsbeteiligung unter dem Vorwand der "terroristischen Bedrohung" hierzulande der reaktionäre Überwachungs- und repressive "Sicherheitsstaat" rasant ausgebaut wird.

Nina Hager, Mitglied des Parteivorstandes der DKP:

Beispielsweise will das Bundesinnenministerium unter anderem für 28 Millionen Euro vier vorhandene Transporthubschrauber der Bundespolizei für den Einsatz „unter klimatisch schwierigen Bedingungen“ nachrüsten. ... Das Geld stammt aus dem Investitionsfonds von 16,9 Milliarden Euro, der Bestandteil des am 20. Februar vom Bundesrat gebilligten zweiten Konjunkturpakets ist. 250 Millionen Euro sind zudem im Militärbereich für Baumaßnahmen in militärischen Anlagen einschließlich „kleinerer Neu-, Um- und Erweiterungsbauten“ vorgesehen. Bundesverteidigungsminister Jung kündigte an, das Geld werde „auch“ im Sinne der Kasernensanierung ausgegeben, um die Attraktivität der Bundeswehr zu steigern, dient also unmittelbar auch der weiteren Militarisierung im Inneren. Rund 226 Millionen Euro sollen u. a. für neue Waffensysteme ausgegeben werden. Und Übrigens: Auch laut neuem EU-Vertrag kann bei sozialen Unruhen das Militär im Inneren eingesetzt werden. Und dazu laufen – auch angesichts großer Proteste wie in Griechenland, Italien, Frankreich, Irland - die Vorbereitungen. Dem dient auch der weitere Abbau demokratischer Grundrechte und der Ausbau des repressiven Sicherheitsstaates, die Schaffung noch reaktionärer Verhältnisse.

Im Oktober 2008 hat das Nobel-Preis-Komitee Prof. Paul Krugman für dessen Beiträge zur Außenhandels- und ökonomischen Geografie mit dem Nobelpreis für Ökonomie geehrt. Krugman vertrat den Standpunkt, dass es „regionale Disparitäten und Agglomerationseffekte“ sowie Ungleichgewichte im Welthandel geben könne. Wäre der Herr Professor etwas weniger euphorisch gewesen, hätte er schon damals wissen müssen, dass so eine Schiefelage auf Dauer nicht gut gehen kann: Finanzkrisen sind nicht wirklich etwas Neues: Allein in den letzten drei Jahrzehnten kamen sie 1987, 1990, 1998 und 2001 vor. Obwohl damals vor allen Dingen die Volkswirtschaften Japans, Indonesiens und Russlands betroffen waren: Die eigentliche Ursache der immer wieder zum Durchbruch drängenden Krise des Weltwährungssystems war und ist die Schiefelage, die durch die US-Wirtschaft und durch die Weltwährungsfunktion des US-Dollar verursacht wurde. Schon in einem Vergleich vom Juni 2002 sah das so aus:

	März 1959	Juni 2002	Faktor	2007	Faktor
Dow Jones	614	9.243	15-fach	13.556,53	22-fach
Geldmenge	290 Mrd.	8,2 Billionen	28-fach		
Private Kredite	50 Mrd.	1,7 Billionen	34-fach		
Unternehmenskredite	410 Mrd.	16 Billionen	39-fach		
Bruttosozialprodukt	2,2 Billio.	9,3 Billionen	4-fach	13 Billionen	5,9-fach

Quelle: <http://www.sgipt.org/politpsy/aktuell/pwk/04/Pwk0404.htm#Finanzökonomische%20Entwicklung%20in%20den>

Die Handelsbilanz der USA ist seit 1976 (!) Jahr für Jahr negativ. Seither hat sich ein Defizit von mehr als sieben Billionen US-Dollar angehäuft. Soviel die USA auch importierten, sie werden kaum jemals in der Lage, dieses Defizit durch Waren, Güter und Dienstleistungen auszugleichen. Als „Gegenleistung“ bedruckt die US-Staatsbank Papier. Das äußerst Verhängnisvolle dabei: Der Welthandel wird heute noch mit weit über 60 Prozent auf Dollar-Basis abgewickelt. Damit nicht genug: Sowohl in den Golf-Staaten als auch in Japan, Russland, China und in vielen anderen Staaten der Welt wurden staatliche Devisenreserven, die Rücklagen der Unternehmen und die Spareinlagen der Privatanleger in US-\$ angelegt. China ist heute mit Abstand der größte Gläubiger der USA. Jeder von den 1,3 Mrd. Chinesen hat derzeit eine Forderung nach Gegenleistungen aus den USA in Höhe von 1.600 US-\$! Aber damit immer noch nicht genug. Der Staatshaushalt der Vereinigten Staaten ist per September 2008 mit 10.024.724 Mio. US-\$ im Minus. Der aktuelle Stand der Staatsschulden wird

Zur Finanzkrise – Der Zwischenstand

mit 11.052.772.648.839,19 US-\$ ausgewiesen. Bei 305.866.399 sind das pro US-Bürger 36.135,95 US-\$. Zur „Beruhigung“ ist nicht einmal die nominale Zahl des Bruttoinlandsproduktes geeignet. Da standen 2007 scheinbar 13,8 Billionen zur Verfügung. Aber diese Summe ist zu weit über 70% mittels Dienstleistungen (und nicht mit Warenproduktion) zustande gekommen. Mit anderen Worten: Für die Luftnummern, mit denen sich die Börsenhaie der Wallstreet ihre eigenen Einkünfte hochschraubten, gibt es keine Warendeckung! – Wie hoch das BSP der USA tatsächlich ist, was davon überhaupt real ist? Eine interessante Frage, auf die keiner antworten kann und niemand antworten will. Der Dow Jones hatte am 7.12.2007 mit 13.625,58 Punkten einen Spitzenwert

man sich die fast punktgenaue Parallele des deutschen Aktienindex DAX vor Augen führt. Ähnlich sieht das weltweit aus. Das Ausmaß der seit September vorigen Jahres losgetretenen Krise des Weltwährungssystems ist längst noch nicht absehbar. Was zur Zeit hierzulande, in der EU, in den USA, auf „Krisengipfeln“ etc. geschieht, alles das sind Versuche, am Kollaps des Weltwährungssystems vorüber zu jonglieren.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass es auch diesmal gelingt, irgendwie über die Runden zu kommen. Wie das geschehen soll, kann man am Beispiel der Hypo-Real-Estate studieren: Nachdem die dort eingezahlten Einlagen im Interesse möglichst hoher Bonuszahlungen für das gehobene Management verspekuliert wurden, „droht“ den Aktionären dieser Bank (d. h. denen, die dabei die größten Gewinne eingestrichen haben) die Enteignung. Mit anderen Worten: Der Steuerzahler übernimmt die Miesen. Weder die Manager noch die Besitzer werden zur Rechenschaft gezogen. Dieser Staat handelt im Sinne seiner Auftraggeber: Die Gewinne bleiben privat, Spekulationsverluste werden verstaatlicht. Und ganz am Rande: Die staatlichen Landesbanken haben bei all dem mitgespielt. Mit einem Wort: Hier ändert sich gar nichts....

• K. H.

junge Welt - Die Tageszeitung

www.jungewelt.de

Unsere Zeit Sozialistische Wochenzeitung der DKP

www.unsere-zeit.de

IMPRESSUM:

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei, DKP-Gruppe Leipzig,
PF 301 274, 04252 Leipzig

Homepage:

<http://www.die-dkp-leipzig.de>

e-mail-Adresse: dkp-leipzig@gmx.de

Vi.S.P.: Klaus Hesse

Druck: Osiris-Druck Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint viermal jährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Sommer 2009.

erreicht. Am 15.9.2008 – am Tag, als Lehman Brothers Insolvenz anmeldeten, Merrill Lynch aufgekauft wurde und die AIG Überbrückungskredite in Milliardenhöhe brauchte waren es nur noch 10.917,51 (80 %). Am 4.10. stimmte das US-Repräsentantenhaus einem 700 Mrd. Kredit zu. Damit konnte der freie Fall nur kurzfristig gestoppt werden. Aber das hielt nicht vor: Am 9.3. wurde der bisherige Tiefpunkt mit 6.547,05 (48 %) erreicht. Die neue Kreditspritze in Höhe von 800 Mrd. US-\$ hat auch diesmal ein noch dramatischeres Absinken verhindert. Aber: Die USA haben nicht nur keine Waren, mit denen sie ihre Schulden begleichen könnten. Sie hatten weder im September vorigen Jahres die 700 Mrd. noch haben sie jetzt die 800 Mrd. US-\$, mit denen sie ihre Wirtschaft vor dem Kollaps bewahren wollen. Also wird, wie gehabt, Geld gedruckt, dessen Wert – auch wie gehabt – durch die Umverteilung aus dem Welthandel, d. h. auf Kosten anderer Staaten, Völker und Menschen gedeckt werden soll. Welche Bedeutung diese Entwicklung für die Weltwirtschaft hat, wird deutlich, wenn